

Deutscher Bundestag Wissenschaftliche Dienste

# Biographische Angaben zu den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates während der Zeit des Nationalsozialismus

- Ausarbeitung -

#### Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages

T T C /*	
Verfasser/in:	
v CITassCI/III.	

Biographische Angaben zu den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates während der Zeit des Nationalsozialismus

Ausarbeitung WD 1 - 3000 - .../

Abschluss der Arbeit:

Fachbereich WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Telefon:

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Die Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste sind dazu bestimmt, Mitglieder des Deutschen Bundestages bei der Wahrnehmung des Mandats zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W.

#### - Zusammenfassung -

Dem Parlamentarischen Rat gehörten insgesamt 77 Personen an. Zu den 65 offiziellen Mitgliedern kamen fünf Vertreter Berlins (ohne Stimmrecht) sowie sieben Nachrücker hinzu. Auf Grundlage der für diese Ausarbeitung herangezogenen Sekundärliteratur zum Thema sowie Biographien und Quelleneditionen, kann bei keinem der 77 Personen eine Mitgliedschaft in der NSDAP nachgewiesen werden. Es scheint ganz im Gegenteil so zu sein, dass eines der einigenden Bänder der Mitglieder des Rates, quer über alle Parteigrenzen hinweg, die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus gewesen ist. Aus den 77 Kurzbiographien gehen darüber hinaus ganz unterschiedliche Arten von Verfolgung, Diskriminierung, Deportation, Haft, Flucht, Emigration und "Innerer Emigration" hervor. Die Darstellung dieser individuellen Lebensschicksale ist weder in statistischen Angaben möglich, noch sind sie katalogisierbar. Deshalb werden die individuellen Lebensschicksale in dieser Ausarbeitung in der gebotenen Kürze individuell dargestellt.

# Inhalt

1.	Einleitung	4
2.	NSDAP-Mitgliedschaft	4
3.	Verfolgte des Nationalsozialismus	4
3.1.	Begriff der "Verfolgung" und des "Verfolgten"	4
3.2.	Biographische Angaben	5
4.	Literaturverzeichnis	29

# 1. Einleitung

Dem Parlamentarischen Rat gehörten 65 Mitglieder an. Hinzu kamen fünf Vertreter Berlins (ohne Stimmrecht). Sieben Mitglieder schieden frühzeitig aus und wurden durch Nachrücker ersetzt. Insgesamt sind demnach die Biographien von 77 Personen zu untersuchen.

Die Darstellung der individuellen Schicksale dieser 77 Mitglieder des Parlamentarischen Rates zur Zeit des Nationalsozialismus ist weder in statistischen Angaben möglich, noch lückenlos für alle Mitglieder rekonstruierbar. Grundlage der in dieser Ausarbeitung gemachten Angaben ist die verfügbare Sekundärliteratur zum Thema sowie Biographien und Quelleneditionen.

Die vorliegende Ausarbeitung konzentriert sich – dem Auftraggeberwunsch entsprechend – ausschließlich auf die Frage der NSDAP-Mitgliedschaft der Mitglieder des Parlamentarischen Rates und auf die Frage, welches Mitglied des Rates Verfolgter des Nationalsozialismus war. Schuld, Verantwortung und "Verstrickung" sind ebenso wie Verfolgung, Ausgrenzung und Diskriminierung Kategorien, die kaum messbar und nicht zu pauschalisieren sind. Wer in diesen Kategorien argumentieren will, muss eine individuelle Begutachtung vornehmen. Deshalb hat die vorliegende Ausarbeitung biographische Angaben zu allen Mitgliedern des Parlamentarischen Rates zusammengestellt, ohne die individuellen Lebensschicksale zu katalogisieren oder gar zu bewerten.

#### 2. NSDAP-Mitgliedschaft

Von den 77 Mitgliedern des Parlamentarischen Rates kann auf der Basis der zu Grunde liegenden Literatur und Quellen bei keinem eine Mitgliedschaft in der NSDAP festgestellt werden.

#### 3. Verfolgte des Nationalsozialismus

# 3.1. Begriff der "Verfolgung" und des "Verfolgten"

Eine Einordnung oder gar Katalogisierung der Lebensschicksale der Mitglieder des Parlamentarischen Rates zur Zeit des Nationalsozialismus unter dem Begriff "Verfolgung" ist nur bedingt möglich. Die Begriffe "Verfolgung" und "Verfolgter" bergen definitorische Schwierigkeiten: So können beide Begriffe hinsichtlich ihrer Bedeutung im Völkerrecht und im innerstaatlichen Recht definiert werden. Aber auch eine politische und strafrechtliche Definition ist möglich. Schließlich hat auch das Bundesverfassungsge-



richt in einem Urteil im Jahre 1979 den Verfolgungsbegriff vor dem Hintergrund des Grundrechts auf Asyl definiert.<sup>1</sup>

W

Gleichwohl ist "Verfolgung" immer eine sehr persönliche Erfahrung. "Verfolgung" und damit verbundenes Leid kann nicht gemessen werden. "Verfolgung" bedeutet im Kontext dieser Untersuchung deshalb auch Unterdrückung und Diskriminierung. Offen müssen auch Fragen nach der Einordnung beruflicher Karrieren von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates bleiben, die zur Zeit des Nationalsozialismus einen Bruch erfahren haben. Dazu gehört beispielsweise die Entlassung, Versetzung oder vorzeitige Versetzung in den Ruhestand wegen "politischer Unzuverlässigkeit".

Aus dieser Schwierigkeit heraus sind nachfolgend kurze Angaben zu den Biographien der 77 Mitglieder des Parlamentarischen Rates während der Zeit des Nationalsozialismus aufgeführt. Es bleibt dem Leser überlassen, diese Biographien in einen wie auch immer definierten Verfolgungsbegriff einzuordnen.

# 3.2. Biographische Angaben

#### **Konrad Adenauer (CDU)**

Konrad Adenauer, 1933 Oberbürgermeister von Köln, wird während des Kommunalwahlkampfes im März 1933 zum Ziel von Drohungen der Nationalsozialisten. Der Absetzung und Festnahme durch die SA entzieht er sich zunächst, indem er sich nach Berlin in seine Staatsratswohnung zurückzieht. Ende April 1933 sucht Adenauer Zuflucht im Kloster Maria Laach. In den Folgejahren muss sich der am 12. März 1933 suspendierte und am 27. Juli entlassene Kölner Oberbürgermeister einem Disziplinarverfahren stellen. Im Sommer 1936 erreicht er eine finanzielle Einigung mit der Stadt Köln. Adenauer zieht sich in sein Haus in Rhöndorf zurück und führt dort ein weitgehend unbehelligtes Leben als Privatier. Kontakte zum Widerstand lehnt er ab, lässt sich aber über einen Mittelsmann informieren.<sup>2</sup> Nach dem 20. Juli 1944 verhaftet ihn die Gestapo. Nach kurzer Inhaftierung im Gestapogefängnis Brauweiler wird er wegen schwerer Erkrankung in ein Krankenhaus in Köln überstellt. Von dort flüchtet er, stellt sich aber, nachdem seine Frau verhaftet wird. Noch vor Kriegsende wird er wieder freigelassen.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. zu allen Definitionen: Kimminich, Otto (1989). "Verfolgung, Verfolgte". In: Staatslexikon Band 5, 7. Auflage. Freiburg, Basel, Wien: Verlag Herder. S. 662.

Vgl.: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages München: Saur, S. 4.

<sup>3</sup> http://www.munzinger.de (Stand 11. Februar 2009)

#### **Hansheinz Bauer (SPD)**

Bauer, im Jahr 1933 Vorsitzender des Deutschen republikanischen Studentenbunds in Würzburg, muss 1933 sein Jurastudium abbrechen, da er jüdischer Herkunft ist. 1939 wird Bauer in Schutzhaft genommen und vor einem Sondergericht angeklagt.<sup>4</sup> "Nachdem er Hitler einen "Narren" genannt hatte, war die Einweisung ins KZ Dachau bereits amtlich - sie konnte nur durch Beziehungen seines Vaters zum Polizeipräsidenten in Würzburg, wo die Familie lebte, verhindert werden."<sup>5</sup> Bauer nimmt in der Folgezeit eine kaufmännische Tätigkeit (kaufmännische Banklehre<sup>6</sup>) auf. Als Soldat gerät er in

## Max Becker (FDP)

Becker, Mitglied der DVP, gehört im Jahr 1933 dem Kommunallandtag von Kurhessen und dem Provinziallandtag der preußischen Provinz Hessen-Nassau an. Im Jahre 1913 hat sich Becker in Hersfeld als Rechtsanwalt und später Notar niedergelassen, eine Tätigkeit, die er auch über die Jahre 1933 bis 1945 hinaus ausübt.<sup>8</sup>

#### Dr. Ludwig Bergsträsser (SPD)

US-amerikanische Gefangenschaft.<sup>7</sup>

Ludwig Bergsträsser verliert Ende Juni 1933 auf Grund § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums seine Stellung als Oberarchivrat am Reichsarchiv in Potsdam. Auch sein Hochschullehrerstatus an der Universität Frankfurt a. M. geht verloren. Bergsträsser wird in einer Aufstellung des Kuratoriums der Universität Frankfurt a. M. vom 10. Februar 1947 zu den "wegen ihrer jüdischen Frauen" vertriebenen Professoren gezählt. Bergsträsser hält als Freier Publizist in Darmstadt Kontakte zu Widerstandskreisen und verfasst Denkschriften zur künftigen politischen Ordnung. Nach eigenen Angaben hat er an der Vorbereitung des 20. Juli mit einigen Denkschriften und



<sup>4</sup> Vgl.: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages München: Saur, S. 41

vgl.: Sturm, Daniel Friedrich (2005): Hannsheinz Bauer, ein Vater des Grundgesetzes. In: Die Welt, 23. Juli 2005.

<sup>6</sup> vgl.: http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=27\_seitentiefe=2.html (Stand: 11. Februar 2009)

<sup>7</sup> vgl.: Sturm, Hannsheinz Bauer.

<sup>8</sup> Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 50.

<sup>9</sup> Vgl.: Schumacher, Martin (Hrsg.) (1992). M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933 – 1945. Düsseldorf: Droste Verlag, S. 33.

<sup>10</sup> Vgl.: Schumacher, M.d.R., S. 33, Anmerkung 2.

<sup>11</sup> http://www.bpb.de/themen/34N5WZ,0,0,Ludwig\_Bergstr%E4sser\_%28SPD%29.html (29. Januar 2009)

durch Aufbau eines Netzwerks Anteil genommen. $^{12}$  Nach dem gescheiterten Attentat wird Bergsträsser verhört. $^{13}$ 



#### Paul Binder (CDU)

Binder ist zwischen 1930 und 1937 Revisor, Wirtschaftsprüfer und Prokurist bei der Deutschen Revisions- und Treuhand AG. Zwischen 1937 und 1940 ist er stellvertretender Direktor der Dresdner Bank in Berlin und "Leiter der Konsortialabteilung IV, der zentralen und operativen Stelle für die Akquisition und Abwicklung der "Arisierung" jüdischer Unternehmen"<sup>14</sup>. 1941 wird er Wirtschaftsprüfer in Berlin. <sup>15</sup> Gelegentlich hat Binder Kontakte zu Persönlichkeiten des Widerstands. <sup>16</sup>

# Adolf Blomeyer (CDU)

Blomeyer, Landwirt in Ulenburg (auf dem familiären Rittergut Haus Beck), war zwischen 1929 und 1942 ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Ulenburg. Blomeyer ist zwischen 1933 – 1937 Mitglied der Reiter-SA, nachdem der "Stahlhelm", dessen Mitglied er war, 1933 in die SA überführt wird. Blomeyer rechtfertigt später diesen Schritt damit, dass er den örtlichen Stahlhelm nicht in die Hände alter SA-Führer hätte geben wollen. Seit 1934 ist er Mitglied der Bekennenden Kirche, seit 1942 Presbyter und Kirchenvorsteher seiner Gemeinde. Seine christliche Überzeugung führt dazu, dass Blomeyer als "für einen Beitritt zur NSDAP nicht würdig" eingestuft wird. 1942 wird Blomeyer seiner Ämter enthoben, nachdem er massiv auf die Freilassung eines Pfarrers, der die Euthansaie-Praktiken in einer Predigt angegriffen hatte, beim Reichssicherheitshauptamt und der Gestapo gedrungen hatte. 18

#### Heinrich von Brentano (CDU)

Ein Jahr vor Hitlers Machtergreifung lässt sich Heinrich von Brentano als Rechtsanwalt in Darmstadt nieder. Vom Kriegsdienst wird er aus gesundheitlichen Gründen befreit. Bis er 1944 als Staatsanwalt in Hanau dienstverpflichtet wird, ist er ohne Verbindung und in kritischer Distanz zum NS-Regime als Anwalt tätig.<sup>19</sup>

<sup>12</sup> vgl.: Bergsträsser, Ludwig (1953). Mein Weg. München: Münchener Druckanstalt, S. 10.

<sup>13</sup> Vgl.: Schumacher, M.d.R., S. 33.

Buchstab, Günter (2008). Paul Binder (1902 – 1981). In: Buchstab, Günter/Kleinmann, Hans-Otto (Hrsg.) (2008). In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49. Freiburg/Basel/Wien: Herder. S. 103 – 112 (S. 104).

<sup>15</sup> Vgl.: http://www.kas.de/wf/de/71.6036/ (Stand : 11. Februar 2009)

<sup>16</sup> Vgl.: Buchstab, Binder, S. 104.

<sup>17</sup> Vgl.: Beckmann, Christoph (2008). Adolf Blomeyer (1900 – 1969). In Buchstab/Kleinmann, S. 113 – 122 (S. 115).

<sup>18</sup> Vgl.: Beckmann, Blomeyer, S. 115f.

<sup>19</sup> Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 98.

#### **Johannes Brockmann (CDU)**

Brockmann verliert 1933 alle politischen Ämter (u. a. Mitglied des Preußischen Landtags und Mitglied des Reichsausschusses der Zentrumspartei). 1934 folgt die Zwangspensionierung als Schulleiter an der katholischen Volksschule in Rinkerode bei Münster. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 kommt Brockmann für zwei Monate in Haft.<sup>20</sup>

# Paul de Chapeaurouge (CDU)

Paul de Chapeaurouge ist im Jahr 1933 Mitglied für die DVP Mitglied des Hamburger Senats in verschiedenen Funktionen. Anfang März 1933 ist er für wenige Tage Leiter der Polizeibehörde. Unmittelbar nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 tritt er, 56-jährig, von seinen öffentlichen Ämtern auf massiven Druck des Reichsinnenministeriums und der NSDAP zurück und wirft in einem Schreiben an Vizekanzler von Papen dem Reichsinnenministerium "Versagen" vor. Seine Wiederzulassung als Notar wird durch den NSDAP-dominierten Senat abgelehnt. Es folgt ein Ermittlungs- und Strafverfahren wegen angeblicher Korruption gegen ihn, das 1935 eingestellt wird. Erst 1936 gelingt ihm die Rehabilitierung und Wiederzulassung als Notar.<sup>21</sup>

#### **Thomas Dehler (FDP)**

Dehler, 1933 Rechtsanwalt und Vorsitzender der DDP in Bamberg, ist mit einer Jüdin verheiratet und hält trotz Repressionen an seiner Ehe fest. Von Beginn an steht er in Opposition zum NS-Regime und schließt sich einem Widerstandskreis an. Lange Zeit bleibt Dehler trotz seiner besonderen Situation unbehelligt. Erst Ende 1938 wird er vorübergehend inhaftiert. Im Zweiten Weltkrieg ist Dehler zunächst Soldat, wird aber wegen seiner jüdischen Frau als "wehrunwürdig" entlassen.<sup>22</sup> Im November 1944 wird Thomas Dehler in ein Arbeitslager in Thüringen eingewiesen. Infolge eines Asthmaleidens wird er Mitte Dezember 1944 entlassen.<sup>23</sup>

#### Georg Diederichs (SPD)

Diederichs, Mitglied der SPD und des Reichsbanners, ist 1933 als freier Mitarbeiter im Außendienst eines pharmazeutischen Unternehmens tätig. 1934 erhält er eine feste Anstellung in Hamburg im Pharmabereich. Der promovierte Politologe/Volkswirt<sup>24</sup> hält



<sup>20</sup> Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 101.

<sup>21</sup> Vgl.: Grau, Andreas (2008). Paul de Chapeaurouge. In: Buchstab/Kleinmann, S. 134 – 144 (S. 137f.).

<sup>22</sup> Vgl.: Wengst, Udo (1997). Thomas Dehler 1897 – 1967. Eine politische Biographie. München: Oldenbourg Verlag.

<sup>23</sup> Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 137

<sup>24</sup> Vgl.: Schumacher, Martin (Hrsg.). M.d.B. Volksvertretung im Wiederaufbau 1946 – 1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der Westzonalen Vorparlamente. Düsseldorf: Droste Verlag. Nr. 984.

W

Kontakte zu politischen Oppositionskreisen. Anfang 1935 wird er wegen "illegaler Parteifortführung" verhaftet und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Im Januar 1936 kommt Diederichs in das Konzentrationslager Esterwege, das er Dank der Fürsprache seines Chefs nach einigen Monaten wieder verlassen kann. Sein Chef legt ihm nach der Haftentlassung nahe, in die NSDAP einzutreten, was Diederichs ablehnt, weil er dadurch zu sehr unter Druck geraten könne, gegen ehemalige Freunde Material zu beschaffen. Diederichs wird von der Gestapo aus Hamburg ausgewiesen und zieht nach Berlin. Dort ist er weiter für sein Unternehmen tätig. 1939 wird Diederichs als Soldat im Sanitätswesen eingezogen.<sup>25</sup>

#### Fritz Eberhard (SPD)

Der Journalist Helmuth von Rauschenplath muss nach der Machtergreifung 1933 untertauchen und nimmt den Namen Fritz Eberhard an. Eberhard entfaltet zahlreiche illegale Aktivitäten (u. a. beim Aufbau der Unabhängigen Sozialistischen Gewerkschaft). Ende 1937 flüchtet Eberhard über Zürich und Paris nach London. Dort arbeitet er mit Beginn des Zweiten Weltkriegs für deutschsprachige Sendungen der BBC und des Senders der Europäischen Revolution. Eberhard unterhält Kontakte zu zahlreichen Widerstandsgruppen und Emigranten.<sup>26</sup> Er beteiligt sich an zahlreichen Aktivitäten, so im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft "German Educational Reconstruction" und der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien.<sup>27</sup>

#### **Adolf Ehlers (SPD)**

Ehlers, seit 1931 arbeitslos, ist während der NS Zeit in Untergrundgruppen (u. a. auch als Leiter der illegalen Bremer SAP) illegal politisch tätig. Ehlers hält Kontakte zu anderen linken Untergrundorganisationen in Deutschland und zu deutschen Emigrantenkreisen im Ausland. Ab 1938 ist er bei der Deschimag (Bremer Schiffs- und Maschinenbauunternehmen) beschäftigt. 29

<sup>25</sup> Vgl.: Vogt, Hannah (1978). Georg Diederichs. Braunschweig: braunschweig-druck GmbH. S. 15.

Vgl. u. a. Sösemann, Bernd (Hrsg.) (2001). Fritz Eberhard. Rückblicke auf Biographie und Werk. Stuttgart: Steiner.

Vgl.: Diller, Ansgar. Fritz Eberhard - Politiker und Publizist: Ein Repräsentant der Remigration im Nachkriegsdeutschland, in: Begleitband zur Ausstellung: Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt am Main u. a.: Rückkehr in die Fremde? Remigranten und Rundfunk in Deutschland 1945-1955 Berlin: VISTAS Verlag.

<sup>28</sup> http://www.munzinger.de (Stand: 11. Februar 2009).

Vgl.: http://www.bpb.de/themen/LRC8LB,0,0,Adolf\_Ehlers\_%28SPD%29.html (Stand: 11. Februar 2009)

Adamietz, Horst (1978). Freiheit und Bindung Adolf Ehlers. Bremen: Hauschild.

## **Hermann Fecht (CDU)**

W

Fecht wird 1933 als Ministerialdirektor (seit 1931 ist er in Berlin Leiter der Vertretung Badens beim Reich, ehem. Badische Gesandtschaft) vorzeitig, 1937 endgültig, in den Ruhestand versetzt. Fecht weigert sich 1933, in die NSDAP einzutreten und legt im März 1933 auf Weisung seines Staatspräsidenten gegen die Beflaggung öffentlicher Gebäude mit der Hakenkreuzfahne Protest ein. Während des Zweiten Weltkriegs wird Fecht dienstverpflichtet im Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium, ab 1944 als Leiter der Polizeidirektion. Fecht hat in dieser Funktion bei der Übergabe der Stadt Baden-Baden an die Besatzungsmacht die Stadt vor größerer Zerstörung bewahren können.<sup>30</sup>

## **Albert Finck (CDU)**

Albert Finck verliert 1933 als Chefredakteur der von ihm gegründeten zentrumsnahen "Neuen Pfälzischen Landeszeitung" seine berufliche Grundlage.<sup>31</sup> 1933 verbringt er als politischer Gefangener mehrere Wochen im Gefängnis, einer Deportation nach Dachau kann er entgehen.<sup>32</sup> Nach Arbeitslosigkeit und Aushilfstätigkeiten ist Finck als Privatlehrer und später als Versicherungsvertreter tätig. Ab 1942 arbeitet Finck als Aushilfslehrer am Humanistischen Gymnasium in Neustadt an der Weinstraße.<sup>33</sup>

#### Andreas Gayk (SPD)

Gayk, Redakteur der Volks-Zeitung in Kiel, wird kurzzeitig inhaftiert, die Volks-Zeitung verboten. Gayk siedelt nach Berlin über, lebt hier teilweise im Untergrund und beteiligt sich an der regimekritischen Wochenzeitung "Blick in die Zeit", die ab 1935 verboten ist. Seit 1939 ist Gayk Vertreter für die Chemischen Werke Albert-Wiesbaden-Biebrich (pharmazeutischen Unternehmen). Am 26. Juli 1943 wird Gayk zur Polizeireserve Spandau, einer Berliner Hilfspolizei, eingezogen.<sup>34</sup>

<sup>30</sup> Vgl.: Keller-Kühne, Angela (2008). Hermann Fecht (1880 – 1952). In: Buchstab/Kleinmann, S. 145 – 150 (S. 145f.).

 $http://www.bpb.de/themen/FM3TU0,0,0,Hermann\_Fecht\_\%28CDU\%29.html~(Stand:~11.~Februar~2009)$ 

<sup>31</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/3VNQIF,0,0,Albert\_Finck\_%28CDU%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>32</sup> Vgl.: Schwarzmüller, Theo (2008). Albert Finck. In: Buchstab/Kleinmann, S. 151 – 160 (S. 152).

<sup>33</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/3VNQIF,0,0,Albert\_Finck\_%28CDU%29.html (Stand: 11. Februar 2009)

<sup>34</sup> Vgl.: Jensen, Jürgen/Rickers, Karl (1974). Andreas Gayk und seine Zeit. Neumünster: Karl Wachholtz Verlag.

## Otto-Heinrich Greve (SPD)

W

Greve wird wegen "politischer Unzuverlässigkeit und seiner Beziehungen zu Juden und Staatsfeinden" 1938 als Jurist bei der Generalstaatsanwaltschaft Rostock aus dem Justizdienst entlassen und als Anwalt nicht zugelassen. Er arbeitet zunächst bei EMSA Werke in Rostock, die einer befreundeten jüdischen Familie gehören. Nach der Arisierung der Firma am 1. Jan. 1939 wird er von seiner bevorstehenden Verhaftung informiert, flieht aus Rostock und arbeitet bei verschiedenen Firmen in Thüringen, 35 auch in leitender Stellung ("Syndikus und kaufmännischer Direktor"36). Er beteiligt sich am Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, nach dem er untertaucht. 37

#### **Rudolf-Ernst Heiland (SPD)**

Heiland wird 1933 aus politischen Gründen aus dem städtischen Dienst (Elektrizitätswerk Marl entlassen. Fortan arbeitet er in Gelsenkirchen und Wesermünde im Fischgroßhandel. 1936 wird Heiland verhaftet und wegen "Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens" zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Zweiten Weltkrieg wird er als Hilfsarbeiter dienstverpflichtet und war zuletzt in Danzig eingesetzt.<sup>38</sup>

# Wilhelm Heile (DP)

Wilhelm Heile, ehemaliger Reichstagsabgeordneter für die DDP, verliert 1936 sein Gut (Tzscheeren, Niederlausitz) nach eigenen Angaben durch Zwangsversteigerung.<sup>39</sup> Heile schreibt in seinem Lebensbericht, er sei sofort nach der Machtergreifung um jede Position gebracht worden, Grundbesitz und Barvermögen – auch das seiner Frau – sei konfisziert worden. Mehrfach wird er kurzzeitig inhaftiert, er unterliegt jahrelanger Gestapo-Überwachung (Haussuchungen, Vorladungen, polizeiliche Meldepflicht). Über seine Misshandlungen schreibt Heile: "Ich wurde von Kerker zu Kerker geschleppt und wiederholt fürchterlich bis zur Bewusstlosigkeit misshandelt."<sup>40</sup> Zwischen 1936 und 1941 ist Heile als Übersetzer und Verlagslektor in Berlin tätig.<sup>41</sup>

<sup>35</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/U5UKK3,0,0,Otto\_Heinrich\_Greve\_%28SPD%29.html (Stand: 11. Februar 2009)

<sup>36</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 277.

<sup>37</sup> Vgl.: http://www.munzinger.de (Stand: 11. Februar 2009).

Vgl.: Berens, Peter (2007). Trotzkisten gegen Hitler. Köln: ISP.
Vgl.: http://www.bpb.de/themen/YKM9HE,0,0,RudolfErnst\_Heiland\_%28SPD%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>39</sup> Vgl.: Schumacher, M.d.R., S. 551.

<sup>40</sup> Vgl.: Heile, Wilhelm (1974). Lebensbericht. In: Akademische Blätter. Zeitschrift des Verbands der Vereine Deutscher Studenten Nr. 76. S. 81-85.

<sup>41</sup> Vgl.: Schumacher, M.d.R., S. 544.

#### **Hubert Hermans (CDU)**

W

Hermans, seit 1932 Mitglied der Zentrumspartei, legt 1934 sein Zweites juristisches Staatsexamen ab. Hermans weigert sich in die NSDAP einzutreten und ist deshalb zwischen 1935 und 1944 nur vertretungsweise oder als nicht verbeamteter Hilfsrichter an kleineren Amtsgerichten in Wiehl, Lebach und Blankenheim, zuletzt beim Landgericht Koblenz tätig. 1944 wird er zum Landgerichtsrat ernannt. Wegen "politischer Unzuverlässigkeit" verweigert man ihm eine Verbeamtung.

# **Theodor Heuss (FDP)**

Heuß verliert 1933 seine politischen Ämter (u. a. Mitglied des Reichstages für die DDP, später DStP). Ab Mitte 1933 ist Theodor Heuß publizistisch und literarisch zeitweise unter Pseudonym tätig und somit ohne feste Beschäftigung, nachdem er als Dozent der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin entlassen wurde. Heuß' Buch, "Hitlers Weg" steht auf der Liste der verfemten Bücher. Heuß wird am 1. Juli 1933 im Deutschen Steckbriefregister ausgeschrieben – ein Fahndungsblatt, in dem Heuß mit dem Stichwort "Schutzhaft" vermerkt ist. Die Schutzhaftanordnung wird nicht ausgeführt. Er unterliegt jahrelangen Schikanen, wie Steuerfahndung, Briefkontrolle, Ordnungsstrafen der Reichsschrifttumkammer und Verkaufsverboten für seine Bücher. Heuß unterhält Kontakte zum deutschen Widerstand und ist von Carl Friedrich Goerdeler als künftiger Reichspressechef ausersehen. 45

## **Anton Hilbert (CDU)**

Anton Hilbert gerät 1933 "aus politischen Gründen" in Haft.<sup>46</sup> Hilbert, der 1933 für die Badische Bauernpartei dem Badischen Landtag angehört, wird im gleichen Jahr aus Baden ausgewiesen und siedelt in die Nähe von Eisenach um. Dort ist er als Industrie-kaufmann tätig.<sup>47</sup>

<sup>42</sup> http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=45\_seitentiefe=2.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>43</sup> Vgl.: Schreiner, Reinhard (2008). Hubert Hermans. In: Buchstab/Kleinmann, S. 161 – 166 (S. 162).

<sup>44</sup> Vgl.: Schumacher, M.d.R., S. 608.

<sup>47</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 341.

## Fritz Hoch (SPD)

Hoch ist im Jahre 1933 im Oberpräsidium von Kurhessen in Kassel tätig. Zuvor war er im Preußischen Innenministerium maßgeblich mit der preußischen Dienststrafordnung befasst, die sich vor allem gegen Republikgegner richtet. Aus politischen Gründen wird er nach dem "Preußenschlag" 1932 nach Kassel versetzt. Die Arbeitsgebiete des promovierten Juristen im Oberpräsidium sind kommunalrechtliche Fragen, später Sparkassenangelegenheiten und Wasserrecht. Hoch ist im Sinne des nationalsozialistischen Rechts "Mischling 1. Grades". Sein Bruder und sein Vater, der ehemalige SPD-Reichstagsabgeordnete Gustav Hoch<sup>48</sup>, werden 1942 deportiert und im KZ Theresienstadt ermordet.<sup>49</sup>

# Werner Hofmeister (CDU)

Werner Hofmeister, promovierter Jurist und DVP-Mitglied, wird 1933 aus dem Braunschweiger Staatsdienst "wegen politischer Unzuverlässigkeit" entlassen. Ab Oktober 1933 bis 1945 ist er als Rechtsanwalt in Braunschweig tätig.<sup>50</sup>

#### Dr. Hermann Höpker-Aschoff (FDP)

Im Frühjahr 1933 wird Höpker-Aschoffs Rücktritt als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Dresdner Bank erzwungen. Nach eigenen Angaben wird ihm zusätzlich die Ministerpension aberkannt<sup>51</sup> (Höpker-Aschoff war von 1925 bis 1931 Finanzminister in Preußen<sup>52</sup>). Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wird er dienstverpflichtet und muss sich ab 1940 als Mitarbeiter der Haupttreuhandstelle Ost mit der Beschlagnahme und Verwaltung polnischer Vermögen in den "eingegliederten Ostgebieten" befassen. In dieser Zeit gerät er in Konflikte mit dem NS-Staat. Als er sich gegen die Beschlagnahme von Kirchenvermögen wendet, folgt 1944 seine Versetzung.<sup>53</sup>

# Jakob Kaiser (CDU, Berlin)

Kaiser, im Jahr 1933 Reichstagsabgeordneter des Zentrums, verweigert am 3. Mai 1933 seine Unterschrift unter das Auflösungsdokument der Christlichen Gewerkschaften und ist seitdem ohne Gehalt. Ein kurz danach erlassener Haftbefehl gegen ihn wird aufgeho-



Vgl. Hammer, Walter (1956). Hohes Haus in Henkers Hand: Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Leidensweg und Opfergang deutscher Parlamentarier. Frankfurt am Main: Europäische Verlags-Anstalt.

<sup>49</sup> Vgl.: Schumacher, M.d.R., S. 634.

<sup>50</sup> Vgl.: http://www.kas.de/wf/de/71.6048/ (Stand: 11. Februar 2009)

<sup>51</sup> Vgl. Schumacher, M.d.R. S. 212.

<sup>52</sup> Vgl.: http://www.munzinger.de/ (Stand: 28. Januar 2009)

<sup>53</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/ZHKCRC,0,0,Hermann\_H%F6pker\_Aschoff\_(FDP).html (Stand: 11. Februar 2009).

W

ben. Nach Verlust seiner Ämter und Einzug seines Reisepasses ist Kaiser ohne regelmäßige Einkünfte. Er engagiert sich im Widerstand und hat seit 1934 Kontakte zu oppositionellen Wehrmachtskreisen und zur kirchlichen Opposition. Am 19. April 1938 wird Kaiser in Duderstadt verhaftet und bleibt bis 27. Oktober 1938 in Haft. Ab Ende 1941 steht er in Verbindung mit Carl Goerdeler. Nach dem 20. Juli 1944 hält er sich in Potsdam-Babelsberg in einem Keller bis zum Kriegsende verborgen und entgeht dem Fahndungsersuchen der Staatspolizeistelle Darmstadt. Seine Ehefrau, eine der Töchter, sein Schwager und dessen Ehefrau kommen im KZ Buchenwald in Sippenhaft.

#### Rudolf Katz (SPD)

Rudolf Katz, Sohn eines jüdischen Lehrers, trat 1930 aus der jüdischen Gemeinde aus. Im Jahr 1933 ist er u. a. Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Altona. 1933 droht ihm aus rassischen und politischen Gründen Verfolgung. Noch 1933 wird Katz das Notariat und die Rechtsanwaltszulassung in Deutschland entzogen. Katz emigriert nach Frankreich und von dort zusammen mit Max Brauer, dem ehemaligen Oberbürgermeister von Altona, als politischer Berater nach China (Mitglied des Nationalen Wirtschaftsrates der Republik China). Ende 1934 reist Katz weiter in die USA und wird 1936-1938 Lektor am "Institute of Public Administration" der Columbia-University in New York. Katz wirkt in zahlreichen Organisationen. 58

#### Theophil Heinrich Kaufmann (CDU)

Kaufmann wird im Frühjahr 1933 als "politisch untragbar" aus allen öffentlichen Ämtern und Ehrenämter entlassen. Er ist 1933 u. a. Mitglied in der Hamburger Bürgerschaft für die DDP und Mitglied des Reichsparteiausschusses der DDP.<sup>59</sup> Ab 1935 lebt er auf dem Anwesen seines Vaters in Ettlingen (Baden) und verdient sich mit Geflügelzucht und Gemüseanbau seinen Lebensunterhalt.<sup>60</sup> Kaufmann wird mehrfach wegen "Verächtlichmachung des Hitler-Grußes" und "defätistischer Äußerungen" angezeigt.<sup>61</sup>

<sup>54</sup> Vgl.: Nebgen, Elfriede (1967). Jacob Kaiser. Der Widerstandskämpfer. Stuttgart: Kohlhammer.

<sup>55</sup> Vgl.: Schumacher, M.d.R., S. 242.

<sup>56</sup> Vgl.: Schumacher, M.d.R., S. 244.

<sup>57</sup> Vgl.: Lange, Erhard H. M. (1999). Wegbereiter der Bundesrepublik. Die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates. Brühl. S. 134f.

Vgl.: http://www.munzinger.de/ (4. Februar 2009)

<sup>59</sup> Buchstab, Günter (2008). Theophil Kaufmann. In: Buchstab/Kleinmeier, S. 193 – 206 (S. 195f.).

<sup>60</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/C253AU,0,0,Theophil\_Heinrich\_Kaufmann\_%28CDU%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>61</sup> Buchstab, Kaufmann, S. 196.

## Josef Ferdinand Kleindinst (CSU)

Der Jurist Kleindinst wird, nachdem er sich 1933 weigert in die NSDAP beizutreten, innerhalb der Augsburger Stadtverwaltung versetzt und ist u. a. für den Bereich Wohlfahrt und Kunst zuständig. Er bleibt in dieser Funktion bis zum Kriegsende.<sup>62</sup> "Nach der Besetzung der Stadt durch die Amerikaner […] galt Kleindinst als einer der wenigen höheren Beamten der Stadtverwaltung, die politisch unbelastet waren."<sup>63</sup>

#### Gerhard Kroll (CSU)

Kroll promoviert 1934 im Bereich Rechts- und Staatswissenschaften u. a. in London. Danach ist er bis 1936 am Institut für Konjunkturforschung und bei der Firma Siemens & Halske tätig. Erneut nimmt er ein Studium (Philosophie) auf und ist freiberuflich u. a. als Dozent in kirchlichen Bildungseinrichtungen tätig. Zwischen 1938 und 1943 ist Kroll als Wirtschaftsstatistiker in Berlin angestellt. 1943 wird Kroll als Mitarbeiter im Beschaffungswesen der Luftwaffe eingesetzt.<sup>64</sup>

#### Adolf Kühn (CDU)

Kühn, 1933 Mitglied im Landtag in Baden für das Zentrum, wird 1933 zunächst unter Beibehaltung der bisherigen Dienstbezüge und Amtsbezeichnung vom Badischen Innenministerium (Ministerialoberrechnungsrat<sup>65</sup>) zum Statistischen Landesamt versetzt. 1936 folgt im Alter von nur 50 Jahren seine Zwangspensionierung wegen "politischer Unzuverlässigkeit".<sup>66</sup> Nach dem 20. Juli 1944 gerät Kühn kurze Zeit in Gestapo-Haft.<sup>67</sup>

#### Karl Kuhn (SPD)

Karl Kuhn, Volksschullehrer, ist im Jahr 1933 für die SPD Mitglied des Kreistags des Siegkreises. Mitte März 1933 wird er aus politischen Gründen verhaftet und gerät für drei Monate in der Haftanstalt Siegburg in "Schutzhaft". Danach erfolgt seine Ausweisung aus dem Siegkreis. Kuhn zieht nach Bad Kreuznach, seine Heimatstadt. Der Entlassung aus dem öffentlichen Dienst folgt der Entzug des für eine Arbeitsaufnahme erforderlichen Arbeitsbuchs. Karl Kuhn nimmt zwischen 1935 und 1936 ein Studium der



<sup>62</sup> Vgl.: http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=54\_seitentiefe=2.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>63</sup> Lange, Erhard H. M. (2008). Josef Ferdinand Kleindinst. In: Buchstab/Kleinmeier, S. 207 – 217 (S. 210).

<sup>64</sup> Vgl.: http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=55\_seitentiefe=2.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>65</sup> Vgl.: http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=56\_seitentiefe=2.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>66</sup> Vgl.: Kleinmeier, Hans-Otto (2008). Adolf Kühn. In: Buchstab/Kleinmeier, S. 227 – 236 (S. 230).

<sup>67</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/KOWYP1,0,0,Adolf\_K%FChn\_%28CDU%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

Betriebswirtschaftslehre in Köln auf. 1938 wird ihm die Arbeitserlaubnis erteilt und Kuhn nimmt eine Tätigkeit in einem Bad Kreuznacher Großhandelsunternehmen für Lebensmittel auf.<sup>68</sup>



# Wilhelm Laforet (CSU)

Laforet, Mitglied der Bayerischen Volkspartei, Justizrat im bayerischen Innenministerium und Professor für Staats- und Verwaltungsrecht in Würzburg, gerät in Konflikt mit den Nationalsozialisten, ohne dass dies Auswirkungen auf seine berufliche Situation hat. Laforet gilt als "unersetzbarer Fachmann".<sup>69</sup>

#### **Robert Lehr (CDU)**

Von 1929 bis 1933 gehört Lehr der DNVP an. 1933 wird er als Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf auf Veranlassung des Gauleiters von Düsseldorf entlassen. Im April 1933 wird Lehr verhaftet und wegen angeblicher Beamtenbestechung angeklagt. Im September 1933 wird er wegen einer schweren Erkrankung aus der Haft entlassen, und lebt bis zum Ende des Krieges als Privatmann. Seit 1935 gehört er dem interkonfessionellen Widerstandskreis um Karl Arnold an. <sup>70</sup> Lehr unterhält eine Vielzahl von Kontakten zu Persönlichkeiten der politischen Opposition, ohne sich selbst exponiert am Widerstand zu beteiligen. <sup>71</sup>

#### **Lambert Lensing (CDU)**

Lensing, 1933 im Vorstand der Dortmunder und westfälischen Zentrumspartei und Mitglied in der Dortmunder Stadtverordnetenversammlung, ist nach 1933 zu Zugeständnissen genötigt, um das von ihm geführte väterliche Zeitungs- und Druckereiunternehmen, das u. a. die Zeitung "Tremonia. Organ für die katholische Welt" verlegt, zu sichern. Zwischen 1934 und 1935 ist Lensing Mitglied der SA. Lensing wird 1939 einberufen und leistet bis 1944 Kriegsdienst. Zwischen 1940 und 1944 ist er beim Oberkommando der Wehrmacht (Berlin), Abteilung Wehrmacht/Propaganda eingesetzt.<sup>72</sup>

<sup>68</sup> Vgl.: http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=57\_seitentiefe=2.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>69</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 477.

<sup>70</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 490

<sup>71</sup> Vgl.: http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=60\_seitentiefe=2.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>72</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/90DJHA,0,0,Lambert\_Lensing\_%28CDU%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

## Paul Löbe (SPD)

Löbe, im Jahr 1933 u. a. Vize-Präsident des Reichstages, wird auf der letzten Parteikonferenz der SPD im Juni 1933 zum Parteivorsitzenden gewählt. Im gleichen Monat wird Löbe in "Schutzhaft" genommen. Bis Dezember 1933 ist er in Gefängnissen in Berlin und in Breslau sowie im Konzentrationslager Breslau-Dürrgoy Schikanen und Demütigungen ausgesetzt. Im Dezember 1933 entlassen. Nach anfänglicher Arbeitslosigkeit arbeitet er von Januar 1935 bis Januar 1944 im Verlag Walter de Gruyter in Berlin. Seit 1938 erhält Löbe eine kleine Staatsrente. Löbe hatte Kontakt zu Mitgliedern des Widerstands, u. a. zu Julius Leber. Am 23. 8. 1944 wird er in Schieferstein (Niederschlesien) verhaftet und bis Dezember 1944 in das Breslauer Gestapo-Gefängnis, später in das Konzentrationslager Groß-Rosen gebracht.<sup>73</sup>

# Friedrich (Fritz) Löwenthal (KPD)

Die Wohnung des Berliner Rechtsanwalts und ehemaligen KPD-Reichstagsabgeordneten (September 1930 – Sommer 1932) Löwenthal wird am 28. Februar 1933 von der SA überfallen. Löwenthal taucht unter und emigriert am 4. März 1933 zunächst nach Frankreich (Straßburg, Paris), danach in die Niederlande. Anfang April 1935 geht Löwenthal in die Sowjetunion und lebt nach seiner Ausbürgerung 1939 bis 1941 in Moskau.<sup>74</sup> Löwenthal ist in Moskau als Lehrer, Übersetzer und Redakteur an verschiedenen Stellen tätig. Im Oktober 1941 wird Löwenthal aus Moskau evakuiert und lebt fortan an verschiedenen Orten in der Sowjetunion. Seit 1943 betätigt sich Löwenthal als "Politinstruktor" in einem Kriegsgefangenenlager und danach 1945 als "Politlehrer" an einer Kriegsgefangenenschule. 75

#### Friedrich Maier (SPD)

Maier, 1933 Volksschullehrer in Mannheim<sup>76</sup>, wird 1937 von der NSDAP-Kreisleitung Mannheim als "politisch unzuverlässig" eingestuft und 1938 von Mannheim an die Volksschule in Gengenbach bei Offenburg versetzt. 1939-1940 ist Maier im Kriegseinsatz.<sup>77</sup>



<sup>73</sup> Vgl.: Löbe, Paul (2002). Der Weg war lang. 5. Auflage 2002. Berlin: arani.

<sup>74</sup> Vgl.: Schumacher, M.d.R., S. 295.

<sup>75</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/12ADMK,0,0,Friedrich\_L%F6wenthal\_%28SPD%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>76</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 530.

<sup>77</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/JDGK6T,0,0,Friedrich\_Maier\_%28SPD%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

#### Hermann von Mangoldt (CDU)

Mangoldt habilitiert 1934 an der Universität Königsberg im Fach Rechtswissenschaften, tritt dem Bund Nationalsozialistischer Juristen bei und wird im darauffolgenden Jahr außerplanmäßiger Professor in Königsberg. Im selben Jahr wechselt er nach Tübingen und wird 1939 ordentlicher Professor für Öffentliches Recht. Es folgen Rufe nach Jena, wo er kriegsbedingt keine Vorlesung gibt und schließlich nach Kiel, wo er ab 1943 Direktor des Instituts für Internationales Recht ist. Mangoldt nimmt zwischen 1939 und einer schweren Erkrankung 1944 als Korvettenkapitän am Krieg teil.<sup>78</sup>

#### **Karl Sigmund Mayr (CSU)**

Mayr, promovierter Volkswirt, ist im Jahre 1933 Bücherrevisor und Wirtschaftstreuhänder (Wirtschaftsprüfer) in Nürnberg. Seit der Schulzeit ist er in der Christlichen Jugendbewegung aktiv. Bei Kriegsausbruch 1939 eingezogen (Infanterie), 1943 wird Mayr zum Oberkommando des Heers abkommandiert.<sup>79</sup>

#### Walter Menzel (SPD)

Der promovierte Jurist und Sozialdemokrat Walter Menzel wird am 7. April 1933 als Landrat in Weilburg/Lahn infolge des "Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" entlassen. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit arbeitet er ab 1934 als Rechtsanwalt in Berlin. <sup>80</sup>

#### Willibald Mücke (SPD)

Der promovierte Jurist Mücke lässt sich 1933 als Rechtsanwalt in Breslau nieder. Ab 1939 ist er als Wirtschaftsjurist bei der Deutschen Lokomotivbauvereinigung in Berlin angestellt. 1942 wird Mücke eingezogen. 1942 ist er als Leiter des Arbeitseinsatzes beim Hauptausschuss Schienenfahrzeugfertigbau eingesetzt, 1944 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau". 1942 ist er Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz "Amt Bau".



<sup>78</sup> Vgl.: Vosgerau, Ulrich (2008). Hermann von Mangoldt. In: Buchstab/Kleinmann, S. 271 – 282 (S. 274 – 278).

<sup>79</sup> Vgl.: http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=66\_seitentiefe=2.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>80</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 554

<sup>81</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 577.

<sup>82</sup> Vgl.: http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=68\_seitentiefe=2.html (Stand: 11. Februar 2009).

#### Friederike Nadig (SPD)

W

Nadig, im Jahr 1933 Mitglied der SPD und des Westfälischen Provinziallandtags, wird im Mai 1933 fristlos aus dem Öffentlichen Dienst der Stadt Bielefeld entlassen und als "bekenntnistreue Sozialistin" mit Berufsverbot belegt. 1936 gelingt es ihr, Anstellung als Pflegerin in Ahrweiler zu finden.<sup>83</sup>

#### Erich Ollenhauer (SPD)

Erich Ollenhauer ist 1933 Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). Ende April 1933 wird er in den Parteivorstand der SPD bestellt. Im Mai 1933 geht er mit anderen führenden Sozialdemokraten ins Exil. Von Prag flieht Ollenhauer im Mai/Juni 1938 über Dänemark nach Paris und später nach Südfrankreich. Im September 1940 flieht er durch Spanien nach Lissabon und von dort im Januar 1941 schließlich nach England. In London hat Ollenhauer wesentlichen Anteil daran, dass sich die verschiedenen sozialdemokratischen und sozialistischen Exilgruppen – ausgenommen die Kommunisten – zur "Union deutscher sozialistischer Exilgruppen in Großbritannien" zusammenschließen.<sup>84</sup>

## **Hugo Paul (KPD)**

Hugo Paul, 1932 Abgeordneter des Reichstages für die KPD, taucht am 28. Februar 1933 unter. Nachdem am 5. März 1933 Haftbefehl gegen ihn erlassen wird, wird er Mitte Juni in Düsseldorf verhaftet. Nach Haft in Düsseldorf, Essen und Berlin wird Paul am 26. November 1933 vom Volksgerichtshof "wegen Vorbereitung zum Hochverrat" zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Nach Verbüßung der Haft wird er am 10. Juni 1936 in das KZ Esterwege, wenige Tage später nach Sachsenhausen eingewiesen. Nach seiner Entlassung am 23. April 1939 arbeitet Paul als Schlosser in Wermelskirchen. Am 5. Januar 1943 wird Paul zusammen mit seiner Ehefrau verhaftet wegen des Verdachts auf Vorbereitung zum Hochverrat. Nach verschiedenen Gefängnisaufenthalten wird Paul erneut vom Volksgerichtshof verurteilt und sitzt bis zum 25. April 1945 in der Strafanstalt Butzbach ein. 85

<sup>83</sup> Vgl.: http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/NadigFrieda/index.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>84</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 619.

Vgl.: Schumacher, M.d.R., S. 358.
 Hermann Weber/Andreas Herbst (2004). Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 555-556.

## **Anton Pfeiffer (CSU)**

W

Anton Pfeiffer, Generalsekretär der BVP und Mitglied des Bayerischen Landtages, wird Ende Juni 1933 für kurze Zeit mit weiteren BVP-Politikern verhaftet ("Schutzhaft"<sup>86</sup>) und zur Auflösung der Partei gezwungen. Erst im Februar 1934 gelingt ihm die Rückkehr in den höheren Schuldienst.<sup>87</sup>

#### Hans Reif (FDP, Berlin)

Nach dem Verlust aller Ämter im Jahre 1933 (Reif ist u. a. Geschäftsführer des "Reichsmittelstandsausschusses", später "Reichsausschuss für Handel, Industrie und Gewerbe beim Hauptausschuss der Deutschen Staatspartei", Funktionär im Hansabund und Schriftleiter des Wirtschaftsteils des "Demokratischen Zeitungsdienstes") arbeitet Reif als Handelsreisender. Reif ist während der NS-Zeit Herausgeber der Geheimkorrespondenz "Industriedienst".<sup>88</sup> Seit 1940 steht er in Verbindung zum Widerstandskreis um Carl Friedrich Goerdeler und Wilhelm Leuschner. Zwischen 1941-1943 ist er kommissarischer Leiter der Fachgruppe Schuhhandel innerhalb der Wirtschaftsgruppe Großhandel, bevor er im Jahre 1943 zum Wehrdienst eingezogen wird. Hans Reif hat Kontakte zum innerdeutschen Widerstand und nimmt zusammen mit seiner Frau vier Kinder auf, deren jüdische Mutter emigriert.<sup>89</sup>

#### Max Reimann (KPD)

Max Reimann flieht Ende 1933 in das Saarland und arbeitete ab 1934 in der dortigen KPD-Leitung. Am 4. 4. 1939 wird er bei einem Versuch, die tschechoslowakisch-polnische Grenze zu passieren – Reimann war für die Flucht emigrierter deutscher Parteikader zuständig – bei Mährisch-Ostrau verhaftet und im Mai 1940 wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der Haft sitzt Reimann bis Kriegsende im KZ Sachsenhausen und im Nebenlager Falkensee. <sup>90</sup>

#### **Heinz Renner (KPD)**

1933 ist Heinz Renner Mitglied des Rheinischen Provinziallandtages und leitet den Gau Rheinland und Westfalen des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit. Nach der Machtergreifung flieht Renner ins Saargebiet, 1935 nach Frankreich.

<sup>86</sup> Vgl.: http://www.kas.de/wf/de/71.6050/ (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>87</sup> Vgl.: Schlemmer, Thomas (2008). Anton Pfeiffer. In: Buchstab/Kleinmann, S. 289 – 298 (S. 292 – 293).

<sup>88</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 675.

<sup>89</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/PP8MWD,0,0,Hans\_Reif\_%28FDP%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>90</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch,, S. 676.

Zwischen 1937 und 1939 ist er Sekretär der KPD-Emigrationsleitung in Paris. Seit 1939 in französischer Internierung, wird er 1943 an die deutschen Behörden ausgeliefert und kommt zwischen 1943-45 in Gestapo-Haft.<sup>91</sup>



# Ernst Reuter (SPD, Berlin)

Ernst Reuter wird am 11. März 1933 durch die SA gewaltsam seiner Ämter enthoben (1931-1933 Oberbürgermeister von Magdeburg. 1932-1933 Mitglied des Deutschen Reichstags). Nach tätlichen Angriffen durch Nationalsozialisten und einer Pressekampagne gegen ihn, wird Reuter am 9. Juni 1933 in "Schutzhaft" genommen. Nach einigen Monaten in Einzelhaft im Gefängnis in Magdeburg wird Reuter am 11. August 1933 in das Konzentrationslager Lichtenburg/Torgau gebracht. Am 7. Januar 1933 wird Reuter aus dem KZ entlassen, am 16. Juni 1934 erneut eingeliefert. Am 1. September 1934 wird Reuter entlassen, kehrt für einige Wochen nach Magdeburg zurück, siedelt mit der Familie nach Hannover um. Ende Januar 1935 emigriert Reuter über Holland zunächst nach England, im Juni 1934 schließlich nach Ankara. Dort ist er mehrere Jahre als Berater im türkischen Wirtschaftsministerium tätig, ab 1939 im Verkehrsministerium. <sup>92</sup> Ab Herbst 1938 ist Reuter auch Professor für Kommunalwissenschaften an der Verwaltungshochschule Ankara.

#### Heinrich Rönneburg (CDU)

Im Frühjahr 1933 wird Rönneburg während einer USA-Reise in Abwesenheit aus dem preußischen Staatsdienst (Stellvertreter des Reichskommissars für die vorstädtische Kleinsiedlung) auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen. Fortan ist er bis 1938 freiberuflicher Vermittler und Organisator deutschamerikanischer Kultur- und Wirtschaftskontakte. 1937 oder 1938 gelingt es Rönneburg, bei der Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Reichshauptstadt angestellt zu werden. 1937 ist er Ministerialbeamter in der Arbeitseinsatzverwaltung des Reiches in Berlin, seit 15. Dezember 1938 beim Generalbevollmächtigten im Wirtschaftsbereich Industrie. Nach dem 20. Juli 1944 wird Rönneburg von Oktober 1944 (Gestapo-Verhör) bis März 1945 inhaftiert. 195

<sup>91</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch,, S. 682.

<sup>92</sup> Vgl.: Schumacher, M.d.R., S. 392.

<sup>93</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/01XX48,0,0, $Ernst_Reuter_\%28SPD\%29.html$  (Stand : 11. Februar 2009).

<sup>94</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/18S5QD,0,0,Heinrich\_R%F6nneburg\_%28CDU%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>95</sup> Vgl.: Schumacher, a.a.O., S. 401.

#### Albert Roßhaupter (SPD)

W

Im Jahr 1933 ist Roßhaupter SPD-Abgeordneter im Landtag von Bayern. Am 23. Juni 1933 wird er verhaftet und bis zum 10. März 1934 in das Konzentrationslager Dachau übergeführt. Danach lebt er zurückgezogen in Olching. Gegen Kriegsende erfolgt eine erneute Verhaftung und Internierung in Dachau.

# **Hermann Runge (SPD)**

Im Jahr 1933 ist Runge Parteisekretär der SPD in Moers und gehört dem Gemeinderat in Rheinkamp an. Nach dem 31. Januar 1933 ist er einer der Hauptorganisatoren des sozialdemokratischen Widerstands am Niederrhein, wird 1935 verhaftet und zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt. Runge bleibt bis 1945 inhaftiert. Einer drohenden Überstellung in ein Konzentrationslager entgeht Runge durch Hilfe des Zuchthausdirektors. 100

## Hermann Schäfer (FDP)

Schäfer ist im Jahr 1933 Mitglied des Provinziallandtages der Rheinprovinz und Stadtverordneter in Köln für die DDP. Bis zu seiner Einberufung im Jahre 1941 ist er bei der "Hanseatischen Ersatzkasse" als Verwaltungsmitarbeiter in verschiedenen Städten tätig.<sup>101</sup>

# Kaspar Gottfried Schlör (CSU)

Schlör ist 1933 Mitglied der Zentrumspartei und in Berlin als Rechtsanwalt, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer tätig. Diese Tätigkeit übt er bis Kriegsende aus. 102

#### Carlo Schmid (SPD)

Carlo Schmids akademische Karriere – Schmid ist seit 1930 als Privatdozent an der Universität in Tübingen tätig – erhält 1933 einen Bruch. Schmid hat in Münsingen bereits 1931 einen "Freiwilligen-Arbeitsdienst" gegründet, mit dem er Jugendlichen der Massenbewegungen der Nationalsozialisten entziehen will. 1933 wird seine Personalak-

<sup>96</sup> Vgl.: http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=78\_seitentiefe=2.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>97</sup> Vgl.: http://www.munzinger.de/ (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>98</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 712.

<sup>99</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/NTEJ9B,0,0,Hermann\_Runge\_%28SPD%29.html

<sup>100</sup> Vgl.: SPD (Hrsg.) (2000). Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert. Marburg: Schüren Verlag GmbH, S. 280f.

<sup>101</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 723.

<sup>102</sup> Vgl.: http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=81\_seitentiefe=2.html (Stand, 11. Februar 2009).

te u. a. deshalb mit einem Beförderungssperrvermerk versehen.<sup>103</sup> Schmid zieht eine scharfe Trennlinie zu den Nationalsozialisten.<sup>104</sup> Um seiner Entlassung zu entgehen, tritt er dennoch dem Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen bei. 1940 ist er Kriegsverwaltungsrat zur Oberfeldkommandantur 670 in Lille. In dieser Zeit nimmt er Kontakt zum deutschen Widerstand auf.



## Adolph Schönfelder (SPD)

Schönfelder ist im Jahr 1933 SPD-Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und Polizeisenator der Stadt. Nach dem erzwungenen Rücktritt gerät Schönfelder vorübergehend in "Schutzhaft": "Die Nazis schlugen Schönfelder mit vierkantigen Schlagstöcken einen Polizeihelm über die Ohren, dass er aufstöhnte."<sup>105</sup> Während des Zweiten Weltkriegs wird er wegen Hochverrats angeklagt und inhaftiert, das Verfahren wird aber eingestellt.<sup>106</sup>

# Josef Schrage (CDU)

Schrage wird 1933 aus allen Ämtern und Funktionen entlassen (Mitglied im Westfälischen Provinziallandtag, Leiter des Arbeitsamts Olpe). Schrage ist "nationalen Kreisen" durch "energischen Widerstand gegen den Kapp-Putsch unangenehm aufgefallen"<sup>107</sup>. Im Verlagsunternehmen seines Parteifreunds Lambert Lensing erhält Schrage nach vorübergehender Arbeitslosigkeit eine Anstellung.<sup>108</sup>

#### Carl Schröter (CDU)

Schröter, Mitglied der DVP, wird 1933 als Studienrat an der Höheren Marinefachschule in Kiel aus politischen Gründen ("Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums") entlassen<sup>109</sup> bzw. beurlaubt und später in den Ruhestand versetzt. Danach arbeitet er als Privatlehrer für Fremdsprachen.<sup>110</sup>

<sup>103</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 749.

<sup>104</sup> Vgl.: http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=82\_seitentiefe=2.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>105</sup> Aussagen von Hans Staudinger, in: Staudinger, Hans (1982). Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat. Lebenserinnerungen eines politischen Beamten im Reich und in Preußen 1889 bis 1934, hrsg. und eingeleitet von Hagen Schulze (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 10), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1982. S. 128.

<sup>106</sup> Vgl.: Abschied von Adolph Schönfelder. In: DIE ZEIT, Ausgabe 20, 13.05.1966.

<sup>107</sup> Tischner, Wolfgang (2008). Josef Schrage. In: Buchstab/Kleinmann, S. 308 – 320 (S. 316).

<sup>108</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/PCDX2V,0,0,Josef\_Schrage\_%28CDU%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>109</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 786.

<sup>110</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/DLXCQA,0,0,Carl\_Schr%F6ter\_%28CDU%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

## Josef Schwalber (CSU)

W

Josef Schwalber weigert sich als BVP-Gemeinde- und -Kreistagsmitglied in Dachau zur NSDAP überzutreten und gerät u. a. dadurch Ende Juni 1933 einige Tage in "Schutzhaft". Schwalber arbeitet danach als Anwalt, bis er Anfang 1943 zur Wehrmacht eingezogen wird.<sup>111</sup>

# Hans-Christoph Seebohm (CDU)

Seebohm promoviert 1933 an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg. Bis 1949 ist er bei Bergwerks-, Erdöl- und Maschinenbauunternehmen tätig, u. a. als Direktor und Geschäftsführer.<sup>112</sup>

#### **Kaspar Seibold (CSU)**

Seibold meldet sich 1933 freiwillig zum Reichsarbeitsdienst und zur Wehrmacht. Zwischen 1938 und 1941 absolviert er eine Landwirtschaftslehre. Nach einer schweren Verwundung 1942, nimmt er ein Studium der Landwirtschaft auf, das er 1946 mit Diplom und Promotion beendet. In der letzten Kriegsphase nähert sich Seibold dem regionalen bayerischen Widerstand um Rupprecht Gerngroß in München an.<sup>113</sup>

#### Josef Seifried (SPD)

Seifried, engagiert in der bayerischen Gewerkschaftsbewegung und Mitglied des Bayerischen Landtages für die SPD, wird nach der nationalsozialistischen "Machtergreifung" zeitweilig inhaftiert und gegen Kriegsende trotz Körperbehinderung zu Schwerstarbeit zwangsverpflichtet. Her geriet in größte Gefahr als in den letzten Jahren ein früherer Schriftsatz von seiner Hand gefunden wurde, in dem er über den Kampf Hitlers gegen Hindenburg bei der Präsidentenwahl erklärte, ein Mann wie Hitler gehöre in eine Kaltwasserheilanstalt und nicht in die politische Arena. 115

<sup>111</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/EASKDF,0,0,Josef\_Schwalber\_%28CSU%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>112</sup> Vgl.: http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=87\_seitentiefe=2.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>113</sup> Vgl.: http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=88\_seitentiefe=2.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>114</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/P8UM1Q,0,0,Josef\_Seifried\_%28SPD%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>115</sup> Vgl.: http://www.munzinger.de/ (Stand: 11. Februar 2009).

## Elisabeth Selbert (SPD)

W

Die promovierte Juristin Selbert kandidiert im Jahr 1933 auf der Hessischen SPD-Landesliste für den Reichstag. Ihr Ehemann, Adam Selbert (SPD), wird als stellvertretender Bürgermeister von Niederzwehren auf Grund des Berufsbeamtengesetzes entlassen und als "Staatsfeind" für einige Monate im KZ in Weidenau in "Schutzhaft" genommen. Adam Selbert wird stark traumatisiert aus der Haft entlassen, bleibt unter Gestapo-Aufsicht und bis 1945 erwerbslos. 116 Trotz der neuen Justizausbildungsverordnung und des Gesetzes zur Änderung der Rechtsanwaltsordnung, in denen Frauen weder das juristische Studium noch anwaltliche Tätigkeit erlaubt ist, gelingt es Selbert mit Unterstützung, Ende 1934 eine Zulassung als Anwältin zu erlangen. Ab 1934 arbeitet Selbert, nachdem sie eine ehemals jüdische Anwaltskanzlei erwirbt, als Anwältin in Kassel. Aus Angst um die Existenz ihrer Familie tritt sie 1938 in die "Nationalsozialistische Volkswohlfahrt" ein, bereits zuvor war sie in den Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund eingetreten. 117

#### Jean Stock (SPD)

Jean Stock ist seit 1922 Geschäftsführer der Spessartdruck GmbH und des dazugehörigen Verlags der "Aschaffenburger Volkszeitung", ein Organ der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung. Nach der Schließung der Druckerei eröffnet Stock eine eigene Druckerei. Stock ist bis 1945 Drangsalierungen und mehrfach Verhaftungen durch die Nationalsozialisten ausgesetzt. Im Zuge des 20. Juli 1944 ist er bis September 1944 im KZ Dachau inhaftiert. 118

#### Walter Strauß (CDU)

Der promovierte Jurist jüdischer Herkunft, Walter Strauß, wird im Frühjahr 1933 als Mitarbeiter im Reichswirtschaftsministerium beurlaubt und 1934 aufgrund des "Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" in den Ruhestand versetzt. Er engagiert sich in der Folge u. a. für kirchliche Einrichtungen und steht in engem Kontakt zu Kreisen der Bekennenden Kirche. 1938 muss Walter Strauß zeitweise untertauchen. Zwischen 1943 und 1945 ist er als Arbeiter in der Rüstungsindustrie tätig. 119

<sup>116</sup> Vgl.: Böttger, Barbara (1990). Das Recht auf Gleichheit und Differenz. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot, S. 141.

<sup>117</sup> Vgl.: Notz, Gisela (2003). Frauen in der Mannschaft: Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49 bis 1957, mit 26 Biographien. Bonn: Dietz, S. 18f.

 $<sup>118\ \</sup> Vgl.:\ http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=91\_seitentiefe=2.html\ \ (Stand:11.\ Februar\ 2009).$ 

<sup>119</sup> Vgl.: Utz, Friedemann (2003) Preuße, Protestant, Pragmatiker. Der Staatssekretär Walter Strauß. Tübingen Mohr Siebeck.

## Otto Suhr (SPD, Berlin)

Otto Suhr verliert 1933 die Leitung der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Allgemeinen freien Angestelltenbunds in Berlin und seine Tätigkeit an der Berliner Hochschule für Politik. Zunächst erwerbslos, arbeitet er dann als freier Wirtschaftsjournalist für verschiedene Zeitungen<sup>120</sup>, u. a. für den Wirtschaftsteil der Frankfurter Zeitung (bis 1943)<sup>121</sup>. Suhr, dessen Ehefrau jüdischen Glaubens ist, ist vielfältigen Drangsalierungen ausgesetzt. 1944 wird er kriegsverpflichtet. Suhr hält Kontakte zu verschiedenen oppositionellen Kreisen.<sup>122</sup>

#### Adolf Süsterhenn (CDU)

1933 ist Süsterhenn Zentrums-Stadtverordneter in Köln. Bis 1945 verteidigt Süsterhenn als Anwalt ehemalige Zentrumspolitiker und Geistliche gegen die Nationalsozialisten vor Gericht. 123

## Friedrich Wilhelm Wagner (SPD)

Wagner ist im Jahr 1933 Reichstagsabgeordneter. Am 10. März 1933 wird er in Frankenthal verhaftet. Am gleichen Tag flüchtet Wagner aus dem Gefängnis Frankenthal zunächst nach Neustadt/Schwarzwald und einen Tag später in die Schweiz (und ins Saarland<sup>124</sup>). Noch im März 1933 verwüstet die SA sein Wohnhaus, sein Vermögen wird beschlagnahmt. Im Januar 1935 geht Wagner nach Straßburg und richtet dort ein internationales juristisches Büro ein, in dem Emigranten Rechtsbeistand erhalten. 1937 zieht Wagner nach Paris, im gleichen Jahr werden er, seine Frau und seine beiden Töchter ausgebürgert. 1941 flieht Wagner über Spanien und Portugal nach New York. Wagner unterhält während seiner Emigration Kontakte zu deutschen Exilorganisationen. In New York ist er nach anfänglicher Arbeitslosigkeit als Bibliothekar an der "Rand School of Social Science" angestellt. Wagner beteiligt sich an Exil-Aktivitäten, u. a. im Rahmen des "German-American Council for Liberation of Germany from Nazism". 126



<sup>120</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 865

<sup>121</sup> Vgl.: http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=94\_seitentiefe=2.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>122</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/GIG7KK,0,0,Otto\_Suhr\_%28SPD%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>123</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 864

<sup>124</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/FIWX1Q,0,0,Friedrich\_Wilhelm\_Wagner\_%28SPD%29.html (Stand: 11. februar 2009).

<sup>125</sup> Vgl.: Schumacher, M.d.R., S. 546f.

<sup>126</sup> http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=95\_seitentiefe=2.html (Stand: 11. Februar 2009).

#### Felix Walter (CDU)

Der Jurist Felix Walter ist 1933 im württembergischen Staatsdienst tätig. Mehrere Versuche, in Stuttgart für das Zentrum ein Landtagsmandat in Württemberg zu gewinnen scheitern. Nach 1933 wird er als Landgerichtsrat zwangsversetzt. "Vermutlich der Intervention des Rottenburger Bischofs Johann Baptista Sproll hatte er zu verdanken, dass er nicht seine berufliche Existenz verlor, sondern nur an das Landgericht Stuttgart versetzt wurde". 127

#### Helene Weber (CDU)

Helene Weber wird am 30. Juni 1933 aufgrund des "Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" als Ministerialrätin im Preußischen Kultusministerium (Referatsleiterin Jugendpflege) entlassen. <sup>128</sup> U. a. als Vorsitzende des Berufsverbands katholischer Fürsorgerinnen (später Hedwigsbund) engagiert sie sich fortan in sozialen Projekten. <sup>129</sup>

#### **Helene Wessel (SPD)**

Helene Wessel engagiert sich seit 1919 im Zentrum und ist seit 1928 Mitglied des Preußischen Landtages. 1933 als "politisch unzuverlässig" eingestuft, arbeitet Wessel seit 1933 zunächst als Büroangestellte in einem Krankenhaus in Dortmund. Seit 1939 ist sie in der Leitung der Zentrale des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder in Dortmund tätig. <sup>130</sup>

#### **Ernst Wirmer (CDU)**

Wirmer legt 1936 sein Assessorexamen ab, wegen "politischer Unzuverlässigkeit" wird ihm die Zulassung für die Justizverwaltung und eine eigene Anwaltskanzlei verwehrt. 131 Wirmer arbeitet in der Reichsumsiedlungsgesellschaft, einer Dienststelle des Oberkommandos der Wehrmacht. 1939 wird er eingezogen, arbeitet bis 1944 zwischenzeitlich als Verwaltungsleiter in der Reichsgesellschaft für Landwirtschaft. Nach dem 20. Juli 1944 wird Ernst Wirmer verhaftet ("Sippenhaft"). Sein älterer Bruder ist an der Verschwörung mitbeteiligt (Josef Wirmer sollte Justizminister im Kabinett Goerdeler



<sup>127</sup> Vgl.: Buchstab, Günter (2008). Felix Walter. In: Buchstab/Kleinmann, S. 365 – 373 (S. 366).

<sup>128</sup> Vgl.: Friese, Elisabeth (1993). Helene Wessel (1898 - 1969): von der Zentrumspartei zur Sozialdemokratie. Essen: Klartext-Verlag,

<sup>129</sup> Vgl.: Schumacher, M.d.R., S. 550.

<sup>130</sup> Vgl.: Friese, Helene Wessel.

<sup>131</sup> Oelze, Dorothea (2008). Ernst Wirmer. In: Buchstab/Kleinmann, S. 384 – 390 (S. 387.

werden) und wird hingerichtet. Wirmer bleibt bis Kriegsende in einer Wehrmachtshaftanstalt interniert.<sup>132</sup>



#### Friedrich Wolff (SPD)

Der promovierte Volkswirt und engagierte Sozialdemokrat arbeitet von 1936 bis Herbst 1940 bei der Frankfurter Zeitung. Ab 1940 ist Wolff Soldat und gerät 1945 in amerikanische Gefangenschaft.<sup>133</sup>

## Hans Wunderlich (SPD)

Nach 1933 ist der bis dahin freiberuflich tätige Journalist zunächst in einem Gartenbaubetrieb tätig. Ab 1934 betreibt er ein kleines Obstanbauunternehmen im Teutoburger Wald. 1940 wird Wunderlich zunächst für neun Monate zum Militär eingezogen, danach dienstverpflichtet als Hilfskraft einer Gemeindeverwaltung. Im Sommer 1944, nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler, wird er vorübergehend verhaftet.<sup>134</sup>

#### **Gustav Zimmermann (SPD)**

Zimmermann verliert 1933 seine Stellung als Verlagsdirektor bei der "Mannheimer Volksstimme" und ist zwischen 1933 und 1936 arbeitslos. 1933 wird er kurzfristig in "Schutzhaft" genommen und später wegen Herausgabe einer illegalen Zeitung zu dreimonatiger Gefängnisstrafe verurteilt. Das Urteil wird im Berufungsverfahren aufgehoben. Von 1936 bis 1937 ist Zimmermann Geschäftsführer einer Papierwarenfabrik, von 1937 bis Kriegsende Vertreter in- und ausländischer Firmen. 135

#### **Georg August Zinn (SPD)**

Zinn, der 1933 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Kassel ist, gerät 1933 für drei Monate in Schutzhaft. Nach seiner Entlassung wird er wiederholt verhaftet und in seiner Arbeit als Anwalt behindert. 1933 bis 1934 arbeitete er mit einer Widerstandsgruppe zusammen. 136 1940 wird Zinn eingezogen. 137

<sup>132</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/6B0HJK,0,0,Ernst\_Wirmer\_%28CDU%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>133</sup> Vgl.: http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder\_891\_mitglied=100\_seitentiefe=2.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>134</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/YVXB6T,0,0,Hans\_Wunderlich\_%28SPD%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>135</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/RPOEX0,0,0,Gustav\_Zimmermann\_%28SPD%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

<sup>136</sup> Vgl.: Vierhaus/Herbst, Handbuch, S. 989.

<sup>137</sup> Vgl.: http://www.bpb.de/themen/RIXV0L,0,0,Georg\_August\_Zinn\_%28SPD%29.html (Stand: 11. Februar 2009).

#### 4. Literaturverzeichnis

Abschied von Adolph Schönfelder. In: DIE ZEIT, Ausgabe 20, 13.05.1966.

Adamietz, Horst (1978). Freiheit und Bindung Adolf Ehlers. Bremen: Hauschild.

Berens, Peter (2007). Trotzkisten gegen Hitler. Köln: ISP.

Bergsträsser, Ludwig (1953). Mein Weg. München: Münchener Druckanstalt.

Böttger, Barbara (1990). Das Recht auf Gleichheit und Differenz. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot.

Buchstab, Günter/Kleinmann, Hans-Otto (Hrsg.) (2008). In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49.Freiburg/Basel/Wien: Herder.

Diller, Ansgar. Fritz Eberhard - Politiker und Publizist: Ein Repräsentant der Remigration im Nachkriegsdeutschland. In: Begleitband zur Ausstellung: Rückkehr in die Fremde? Remigranten und Rundfunk in Deutschland 1945-1955 Berlin: VISTAS Verlag.

Friese, Elisabeth (1993). Helene Wessel (1898 - 1969): von der Zentrumspartei zur Sozialdemokratie. Essen: Klartext-Verlag.

Hammer, Walter (1956). Hohes Haus in Henkers Hand: Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Leidensweg und Opfergang deutscher Parlamentarier. Frankfurt am Main: Europäische Verlags-Anstalt.

Heile, Wilhelm (1974). Lebensbericht. In: Akademische Blätter. Zeitschrift des Verbands der Vereine Deutscher Studenten Nr. 76. S. 81-85.

Hermann Weber/Andreas Herbst (2004). Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin: Karl Dietz Verlag.

Jensen, Jürgen/Rickers, Karl (1974). Andreas Gayk und seine Zeit. Neumünster: Karl Wachholtz Verlag.

Kimminich, Otto (1989). "Verfolgung, Verfolgte". In: Staatslexikon Band 5, 7. Auflage. Freiburg, Basel, Wien: Verlag Herder.

Landeszentrale für politische Bildung (1999) (Hrsg.). Drei Hamburger im Parlamentarischen Rat: Adolph Schönfelder und Paul de Chapeaurouge, Hermann Schäfer. Hamburg: Lütcke & Wulff.



Lange, Erhard H. M. (1999). Wegbereiter der Bundesrepublik. Die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates. Brühl.



Löbe, Paul (2002). Der Weg war lang. 5. Auflage 2002. Berlin: arani.

Nebgen, Elfriede (1967). Jacob Kaiser. Der Widerstandskämpfer. Stuttgart: Kohlhammer.

Notz, Gisela (2003). Frauen in der Mannschaft: Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49 bis 1957, mit 26 Biographien. Bonn: Dietz.

Schumacher, Martin (Hrsg.) (1992). M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933 – 1945. Düsseldorf: Droste Verlag.

Schumacher, Martin (Hrsg.). M.d.B. Volksvertretung im Wiederaufbau 1946 – 1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der Westzonalen Vorparlamente. Düsseldorf: Droste Verlag.

Sösemann, Bernd (Hrsg.) (2001). Fritz Eberhard. Rückblicke auf Biographie und Werk. Stuttgart: Steiner.

SPD (Hrsg.) (2000). Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert. Marburg: Schüren Verlag GmbH.

Staudinger, Hans (1982). Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat. Lebenserinnerungen eines politischen Beamten im Reich und in Preußen 1889 bis 1934, hrsg. und eingeleitet von Hagen Schulze (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 10), Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.

Sturm, Daniel Friedrich (2005): Hannsheinz Bauer, ein Vater des Grundgesetzes. In: Die Welt, 23. Juli 2005.

Utz, Friedemann (2003) Preuße, Protestant, Pragmatiker. Der Staatssekretär Walter Strauß. Tübingen: Mohr Siebeck.

Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages München: Saur.

Vogt, Hannah (1978). Georg Diederichs. Braunschweig: braunschweig-druck GmbH.

Wengst, Udo (1997). Thomas Dehler 1897 – 1967. Eine politische Biographie. München: Oldenbourg Verlag.

http://www.kas.de/wf/de/71.6050/

http://www.munzinger.de/

http://www.parlamentarischerrat.de/

http://www.bpb.de/themen/

http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/

